Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136. **Mittwoch, den 14. Juni 1905.** **12. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Politische Wochenschau.

Deutschland.

Nun ist's heraus! In dem v. Stengelschen Programm zur Reichsfinanzreform ist, wie der Hbg. Corresp. erfährt, auch eine Wehrsteuer vorgesehen. Was die Reichserbschaftssteuer betrifft, so macht man sich in Bundesratskreisen auf einen ernstlichen Widerstand der bayrischen und sächsischen Regierungen gefaßt. Ob der Plan, der vor wenigen Tagen dementierten Tabaksteuer aufrecht erhalten bleibt, steht dahin. Von vornherein ist übrigens keine Fabrikatsteuer, sondern eine Lizenzsteuer, abgestuft nach dem Umfang des Geschäfts oder Betriebes, geplant gewesen. In gut unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß, wenn der Stengelsche Reformplan scheitern sollte, Staatssekretär v. Stengel seinen Abschied nehmen werde. — Das deutsche Volk kann auf seine Staatsmänner stolz sein. Wenn sie auch weiter nichts verstehen: das Schröpfen haben sie gründlich gelernt.

Belohnung oder Gnadenbezeigung? Die „Rhein.-Westf. Ztg.“, die auf den Reichskanzler Bülow nie gut zu sprechen gewesen ist, machte ihrem Herzen auch Luft, als dem Grafen Bülow die Fürstenwürde verliehen wurde. Das Blatt erinnert daran, daß wie von maßgebender Seite offen zugegeben worden sei, zurzeit in Berlin Ordensverleihungen und Standeserhöhungen nicht als Belohnung für irgend welche geleistete Dienste, sondern nur als Zeichen der „allerhöchsten Gnade“ verliehen werden. Keiner seiner Vorgänger habe die Leitung des Auswärtigen Amtes so lange in Händen gehabt als Reichskanzler Bülow, der es bereits in seiner Kanzlerschaft (1897) übernahm. Bismarck habe diesen charakteristischen Posten noch nicht zwei Jahre zu halten vermocht, Caprivi vier Jahre und Hohenlohe drei Jahre, der jetzige Kanzler aber nun schon bereits acht Jahre. Daran knüpft das Köhlerblatt folgende boshafte Bemerkungen: „Unzweifelhaft ist er allen seinen Vorgängern, besonders dem ersten Kanzler weit überlegen in der Art, sich mit dem Naturell Wilhelms II. abzufinden. So gut wie er hat keiner seiner Vorgänger sich in die mancherlei Rollen gefunden, die ihm zugewiesen wurden. Ob er nun als eleganter Parlamentsredner ein unglückseliges Telegramm oder ein temperamentvolles Wort zu verteidigen oder einen verletzten Bundesfürsten durch eine authentische Interpretation zu versöhnen oder mit einer klingenden Phrase einen Mißerfolg der auswärtigen Politik zu verschleiern hatte, immer geschah es elegant, leicht, oft geistreichelnd und sogar zuweilen humorvoll. Er ist offenbar für Wilhelm II ein sehr brauchbarer Mann. Die Auffassung, die zurzeit in Berlin über die Bedeutung einer Ordensverleihung oder Standeserhöhung herrscht, überhebt uns der Aufgabe, die Taten aufzuführen, durch die der Reichskanzler nach den antiquierten Grundsätzen aus der Zeit Kaiser Wilhelm I. so hohe Auszeichnung verdient haben könnte. Wir brauchen also nicht darüber nachzudenken, ob er sie erhielt, weil der Mittellandkanal mitten im Lande stecken blieb, oder die Handelsverträge der Industrie schwere Wunden schlagen, oder das Zentrum zur regierenden Partei wurde, ohne daß es aufhörte ultramontan zu sein. Auch die Erfolge der äußeren Politik der letzten acht Jahre brauchen wir nicht in Parade aufmarschieren zu lassen. Der Delagovertrag kann ruhig in der Wilhelmstraße weiter verstauben. Die Zurückweisung Krügers, den Nichtempfang der Burengenerale, überhaupt den ganzen „Burenrummel“ brauchen wir nicht wieder aufleben zu lassen. Die Erfolge von Waldersees Weltmarschallschaft, die Zurückziehung der deutschen Besatzung aus Schanghai, die Herstellung der Entente zwischen England und Frankreich, die Anerkennung der Monroedoktrin, alle diese Dinge können wir ruhen lassen.“ — Kanzler Bülow bezeichnet sich immer wohlgefällig als einen Schüler Bismarcks, aber dieser Erguß einer schönen Bismarckseele dürfte ihm sicherlich nicht wie Musik in die Ohren klingen.

Was der Militarismus sich nicht alles erlaubt. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Heilbronn berichtet: Ein höchst auffallendes Militärverbot wurde über den Wirtschaftsbetrieb der Adlerbrauerei verhängt. Bei dem Inhaber der Brauerei war vor einigen Tagen ein Feldwebel erschienen, um im Auftrage seines Hauptmannes den Namen eines Bierführers zu ermitteln, der auf der Landstraße durch sein Fuhrwerk ein Renkontre mit dem Hauptmann herbeigeführt hatte. Der Brauerei-Inhaber weigerte sich, den Namen des Bierführers zu nennen, indem er erklärte, daß er sich dazu nicht verpflichtet fühle. Darauf erfolgte das Verbot, das allenthalben Befremden hervorruft. Ein weiteres Nachspiel will der Fall dadurch haben, daß der Bierführer an dem fraglichen Tage von einer Landwehrübung entlassen worden war und noch dem Militärgesetz unterstand. — Der Militarismus ist allmächtig!

Das berechtigte Mißtrauen der Bergleute gegen die Zechenuntersuchungen spricht deutlich aus folgendem Schreiben, das drei vorgeladene Bergleute an die betr. Ministerialkommission gerichtet haben. Es lautet nach dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Untersuchungs-Protokoll:

„Da die Unterzeichneten jegliches Vertrauen zu der nun gesetzten Ministerialkommission und die bisher gepflogenen Verhandlungen verloren haben, da dieselben weitere besagte Kommission nicht in der Lage ist, die daran teilnehmenden Arbeitsvertreter vor Maßregelungen zu schützen, so müssen wir zu unserem Bedauern darauf verzichten, an der Untersuchung der Mißstände auf der Zeche Alstaden teilzunehmen. Besonders erwähnen wir noch, daß wir den preußischen Delegiertentag als unsere wahre Arbeitsvertretung anerkennen und dessen Beschlüsse und alle Teile für uns bindend sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Robert Sönnchen Mathias Lahr. Karl Podeszura“

Russische Angst beim Berliner Hochzeitsfeste. Die Berliner „Gästetage“ führten zu einem recht unliebsamen Arbeitseifer namentlich der russischen Spitzel, wie der „Vorwärts“ berichtet. Russische Studenten wurden geradezu von ganzen Rudeln umlagert, die ihnen auf Schritt und Tritt folgten, sie dauernd belästigten und die sie sogar in Droschken begleiteten. Glaubte man denn wirklich, daß irgend ein russischer Student geneigt sein könnte, die Sache der russischen Freiheit durch Attentate auf russische Hochzeitsgäste in Deutschland zu schädigen? Die zitternden Russen können ihr schlechtes Gewissen beruhigen. In Deutschland sind sie sicher. Höchstens Spitzel der russischen Regierung wären einer solchen Tat fähig. Die politische Polizei sollte ihre Aufmerksamkeit deshalb auf die Beobachtung der russischen Polizeiagenten beschränken.

Gegen die Lehrlingsausbeutung Der preußische Handelsminister hat folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet: „Auf Grund der §§ 128 1391 der Gewerbeordnung können die unteren Verwaltungsbehörden dagegen einschreiten, daß die Zahl der Lehrlinge im Mißverhältnisse zu dem Umfang oder zu der Art des Gewerbebetriebes des Lehrherrn steht. Dabei kann die Entlassung eines entsprechenden Teils der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus untersagt werden. Um einen Ueberblick darüber zu gewinnen, in welchem Umfange die unteren Verwaltungsbehörden mit Hülfe dieser Vorschriften bereits mit Erfolg eingeschritten sind, ersuche ich Sie, feststellen zu lassen und mir bis zum 1. August d. J. anzuzeigen, in wieviel Fällen und für welche Art von Betrieben im dortigen Bezirke die Herabminderung einer übermäßigen Zahl von Lehrlingen auf Grund der §§ 128 1391 der Gewerbeordnung herbeigeführt worden ist.“

Es geschehen doch noch Zeiten und Wunder. Im „Echo der Gegenwart“, einem in Aachen erscheinenden angesehenen Zentrumsorgan, ist folgendes zu lesen: „Es ist eine naive, völlig unhistorische Auffassung, daß Revolutionen von einigen Bösewichtern und Volksverführern gemacht wurden, und zu verhindern seien, wenn die Regierungen nur die nötige „Stärke“ zeigten, d. h. alle Umsturzbestrebungen gewaltsam niederschlugen. Revolutionen können in geschichtlich gewachsenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben, wenn Mißstände vorhanden sind, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. In solchen Fällen werden sie auch immer Erfolg haben, wenn nicht heute, dann morgen. Abgewandt können sie nicht werden durch Gewalt, sondern durch Reformen. Es mag noch so viel geeifert werden gegen die Sozialdemokratie, wir werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich alle Sozialdemokraten.“ — Da werden die Zentrumsgewaltigen aber ein fürchterliches Gericht abhalten über den Ketzer, der die vorstehenden Zeilen verfaßt hat!

Die nicht zu den „amtlichen Ohren“ gedrungene Proklamation Trothas, des noch nicht ganz fertigen Siegers von Südwestafrika, liegt nun im Wortlaut vor. Genosse Ledebour hat im Reichstag auf die ungeheuerliche Tatsache verwiesen, daß Trotha Preise auf die Köpfe aufständischer Häuptlinge gesetzt, und hat scharfe Kritik an dieser bei der Kriegführung durch eine zivilisierte Macht unerhörten Maßregel geübt. Die Aufforderung an die Reichsregierung, ihre Stellung zu diesem Erlaß zu präzisieren, beantwortete der Herr Kolonialdirektor Dr. Stübel mit folgenden Worten:

„Dann hat der Herr Abgeordnete Ledebour geglaubt, ausführen zu sollen, daß in einer Proklamation des Herrn Generals v. Trotha eine unglaubliche Brutalität liege. Meine Herren! Ich möchte diesen Ausdruck und die darin liegende Insinuation ganz entschieden zurückweisen. (Sehr gut! b. d. Nationalliberalen.) Die Verwaltung hat vorläufig überhaupt nur aus den über Kapstadt gekommenen Privatnachrichten Kenntnis von der Proklamation, und es ist bei den großen Entfernungen, um die es sich handelt (Hört! hört! b. d. Sozialdemokraten) — der Herr General von Trotha befindet sich auf dem südlichen Kriegsschauplatz in Gibeon — auch noch nicht möglich, es wäre vielmehr geradezu ganz unmöglich, daß ein Bericht des Generals v. Trotha, der im übrigen eingefordert ist, in dieser Angelegenheit bereits der Verwaltung vorliegen könnte.“

Nun läßt Genosse Ledebour eine Erklärung erscheinen, in der es heißt:

„Es mußte sofort Befremden erregen, daß der Herr General v. Trotha keine Gelegenheit gefunden oder gesucht hat, sofort die Kolonialverwaltung von einer solchen wichtigen Kundgebung in Kenntnis zu setzen. Man hätte sogar erwarten müssen, daß er vor dem Erlaß den Reichskanzler um seine Genehmigung ersucht hätte, da die Androhung, die Eingeborenen auszurotten, wenn sie nicht die Waffen niederlegen, sich in Widerspruch setzt zu einer früheren Rektifikation, die sich der Herr General zugezogen hatte, als er den Hereros ein ähnliches Schicksal in Aussicht gestellt hatte. Wer aber aus dieser zweifellos höchst befremdlichen Tatsache der amtlichen Unwissenheit der Kolonialverwaltung den Schluß gezogen hatte, daß doch wohl der ganze angebliche Erlaß das Phantasieprodukt irgend eines argen südafrikanischen Entenzüchters sei, würde sich eines Optimismus schuldig gemacht haben. In unserer Kolonialverwaltung daheim und da draußen passieren die unglaublichsten Dinge. Wenige Tage nach jener Reichstagsverhandlung ging mir ein Dokument zu, das die Richtigkeit des Erlasses außer Frage stellt. In den „Windhoeker Nachrichten“, vierzehntäglich herausgegeben vom Bezirksverein Windhoek, ist in der Nummer vom 1. Mai zu lesen:

Aus den Aufstandsgebieten.
(Offizielle Mitteilungen.)
Proklamation.
Gibeon, 22. April 1905.
An die aufständischen Hottentotten.

Der große mächtige deutsche Kaiser will dem Volk der Hottentotten Gnade gewähren und hat befohlen, daß denen, die sich freiwillig ergeben, das Leben geschenkt werde. Nur solche, welche bei Beginn des Aufstandes Weiße ermordet oder befohlen haben, daß sie ermordet werden, haben nach dem Gesetz ihr Leben verwirkt.

Dies tue ich Euch kund und sage ferner, daß es den wenigen, welche sich nicht unterwerfen, ebenso ergehen wird, wie es dem Volk der Herero ergangen ist, das in seiner Blendung (!) auch geglaubt hat, es könne mit dem mächtigen deutschen Kaiser und dem großen deutschen Volke erfolgreich Krieg führen. Ich frage Euch, wo ist heute das Volk der Hereros? Wo sind heute alle seine Häuptlinge?

Samuel Maharero, der einst Tausende von Rindern sein eigen nannte, ist, gehetzt wie ein wildes Tier, über die englische Grenze gelaufen, er ist so arm geworden wie der ärmste der Feldhereros und besitzt nichts mehr. Ebenso ist es den anderen Großleuten, von denen die meisten das Leben verloren haben, und dem ganzen Volk der Hereros ergangen, das, teils im Sandfeld verhungert und verdurstet, teils von den deutschen Reitern getötet, teils von den Ovambos gemordet ist

Nicht anders wird es dem Volk der Hottentotten ergehen, wenn es sich nicht freiwillig stellt und seine Waffen abgibt. Ihr sollt kommen mit einem weißen Tuch an einem Stock mit Euren ganzen Werften, und es soll Euch nichts geschehen, Ihr werdet Arbeit bekommen und auch noch genügende Kost erhalten, bis nach Beendigung des Oelogs der große Kaiser die Verhältnisse für den Frieden neu regeln wird. Wer hiernach glaubt, daß auf ihn die Gnade nicht Anwendung finden könne, der soll auswandern, denn wo er sich auf deutschem Gebiet blicken läßt, da wird auf ihn geschossen werden, bis alle völlig vernichtet sind.

Für die Auslieferung von an Ermordungen Schuldigen — ob tot oder lebendig — setze ich nachfolgende Belohnung:

Für Hendrik	5000	Mk.
„ Stuermann	3000	„
„ Cornelius	3000	„
„ die übrigen schuldigen Führer je	1000	„

Der General der Deutschen und des mächtigen, großen deutschen Kaisers.
v. Trotha.

„Ich hatte die Absicht, am 30. Mai bei Fortsetzung der Beratung der Kameruneisenbahnvorlage die offiziell mitgeteilte Proklamation zu verlesen, um die Kolonialverwaltung aus ihrer bedauerlichen Unkenntnis der Haupt- und Staatsaktionen des Herrn Generals v. Trotha herauszureißen und ihr Gelegenheit zu einer Meinungsäußerung über den nunmehr zweifelsfrei festgestellten Wortlaut des Aktenstücks zu geben. Die Kolonialverwaltung entging aber jedwedem Kampf, indem sie die Segel strich. Durch die unerwartete Verkündung des Sessionsschlusses vor der Wiederaufnahme der verunglückten Abstimmung über § 1 der

Vorlage wurde die Kameranvorlage mitsamt einigen anderen unerledigten Vorlagen versenkt.

„Es bleibt mir also nur übrig, durch eine Publikation in der Presse die Trothasche Proklamation der öffentlichen Kritik zu unterbreiten, da bei den mangelhaften Verbindungen des Kolonialamts mit dem Kriegsschauplatze zu befürchten steht, daß der Sommer vergehen könnte, ehe man „amtlich“ näheres darüber erfährt.“ — —

Wird nun der Reichskanzler, wird der Kolonialdirektor antworten? Werden sie die Proklamation des „Generals der Deutschen“ entschuldigen, verteidigen oder zurückweisen? Vielleicht findet der Hochzeitsfürst Zeit, sich die Sache einmal zu überlegen.

Wahlrechtsräuber rasten nie. In Dresden, wo bekanntlich die 3 Wahlrechtsverschlechterungsvorlagen abgelehnt worden sind, ist die Wahlrechtsvernichtungsarbeit bereits wieder im bestem Gange. Wie bürgerliche Blätter, werden neue Wahlunrechtsvorschläge demnächst wieder die städtischen Körperschaften in Dresden beschäftigen.

Kleine politische Nachrichten. Für die Reichstagsersatzwahl in Kattowitz-Zabrze stellte das Zentrum den Pfarrer Kapitza-Tichau, einen Vorkämpfer des Antialkoholismus, als Kandidaten auf. — In Krakau werden russische Deserteure in großer Anzahl ausgewiesen. Auch in Biala und anderwärts erhalten die in den dortigen Fabriken beschäftigten Flüchtlinge Weisung, binnen drei Tagen Oesterreich zu verlassen. Auch Oesterreich degradiert sich immer mehr zum Russenknecht herab. — Die französische Deputiertenkammer nahm die Artikel 10 und 11 des Gesetzentwurfs betreffend Trennung von Kirche und Staat an, welche bestimmen, daß den Kultusgesellschaften Kirchen, Pfarrhäuser sowie deren Nebengebäude ohne Entgelt zur Verfügung überlassen bleiben. — Die französische sozialistische Parlamentsgruppe beschloß, das Vorgehen der Regierung bezüglich der auswärtigen Politik durch keinerlei Interpellation zu behindern, in der Ueberzeugung, daß dieses Vorgehen sich um so leichter im Interesse der Verständigung und des Friedens geltend machen könne. Auch die nationalistische Gruppe beschloß, jede Interpellation über die auswärtige Politik zu vertagen, um die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen nicht zu erschweren. — Offiziell wird nunmehr bestätigt, daß in Frankreich Rouvier definitiv das Portefeuille des Aeßeren übernimmt, der Kolonialminister Clementel übernimmt das Finanzportefeuille und Pierre Baudin wird Generalgouverneur von Indochina.

Norwegen.

Der schwedisch-norwegische Konflikt nimmt an Schärfe zu. Nach übereinstimmenden Meldungen norwegischer Zeitungen hat der schwedische Minister des Aeußern sämtlichen Konsuln, die früher für Schweden und Norwegen gemeinschaftlich tätig waren, ein Rundschreiben zugestellt, in dem er ihnen verbietet, irgendwelche Anordnung von der norwegischen Regierung entgegenzunehmen, da diese von schwedischer Seite nicht anerkannt sei. Ferner wird aus Christiania berichtet: Zu dem Rundschreiben der schwedischen Regierung an die Konsuln erklärt das „Morgenbladet“, daß die Antwort hierauf seitens der Konsuln gewiß die sein werde, daß alle norwegischen Beamten im Konsulatswesen ebenso wie die Gesandten augenblicklich ihren Abschied aus dem Dienste verlangen werden, der also jetzt für ausschließlich schwedisch erklärt wird. — Wegen der Befürchtung ausländischer Blätter, daß das selbständige Norwegen dazu kommen würde, sich auf politische Kombinationen bald mit der einen, bald mit der anderen Großmacht einzulassen, hatte „Verdens Gang“ Unterredungen mit dem Präsidenten des Storthings Berner und dem Minister des Auswärtigen Loevland. Berner erklärte, Norwegen würde vollständige Neutralität bewahren und sich allen großpolitischen Kombinationen fernhalten. Wenn die Verhältnisse auf der Halbinsel zur Ruhe gekommen wären, bestehe die Hoffnung, daß Norwegen zusammen mit Schweden und Dänemark die Mittel erwägen könne, um die Neutralität der nordischen Reiche zu sichern. Diese gemeinschaftliche Erwägung würde dadurch erleichtert, daß durch die Auflösung der Union auch jeder Grund zu Reibungen mit Schweden aufgehört hat. In demselben Sinne sprach sich Loevland aus, der noch hinzufügte, daß jede großpolitische Verbindung mit der einen oder der anderen Großmacht für Norwegen die größten Gefahren durch Komplikationen, die daraus entstehen könnten, in sich tragen würde.

Auch die schwedischen Sozialdemokraten bringen dem Vorgehen Norwegens Sympathie entgegen. Genosse Branting schreibt im Stockholmer „Sozialdemokraten“: „Was uns anbetrifft, so heißen wir, getreu unserm Programm und dem Grundsatz, das freie Selbstbestimmungsrecht aller Völker anzuerkennen, die von den Banden der Vereinigung befreite Brudernation willkommen zu guter gemeinsamer Arbeit für die fortdauernde Entwicklung des ganzen Nordens zu Freiheit und Glück der Völker. Und wenn dieser unser ohne alle Ueberhebung ausgesprochene Glückwunsch vielleicht der einzige sein sollte, der heute dem norwegischen Volke aus Schweden mit Herzlichkeit, Verständnis und Sympathie entgegengebracht wird, so wollen wir es uns umsomehr angelegen sein lassen, ihn auszusprechen. Denn wir wissen, daß in dieser Sache hinter uns große Massen des schwedischen Volkes stehen, dessen alte Unionsliebe niemals mit Oberhoheitsgedanken vermengt war, und das niemals irgendwelchen Anteil an der systematischen Unverstandspolitik seiner Herrschenden gegen Norwegen genommen hat.“

Rußland.

Die revolutionäre Propaganda. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich in den Berufsvereinen eine besonders radikale politische Propaganda entwickelt. Ein offizielles Telegramm aus Petersburg besagt über die Tätigkeit dieser Vereine: Ein hier bestehender Verband von 15 Vereinen verschiedener Gesellschafts- und Berufsklassen, die sich zusammengeschlossen haben, um in dem Kampfe gegen das herrschende Regime mehr Kraft entfalten zu können, als es den einzelnen möglich wäre, hat gestern seine Arbeiten beendet. Der Verband, dem sich als 16. Gruppe eine Vereinigung von Bauern angeschlossen hat, faßte unter anderem einen Beschluß, in welchem er im Hinblick darauf, daß zurzeit keine Hoffnung sei, daß die Regierung auf die Stimme des Volkes höre, empfiehlt, ein jeder möge das tun, was in seinen Kräften stehe, und was er nach seiner politischen Ueberzeugung für notwendig erachte. Alle gesetzlichen Mittel, so spricht sich die Resolution des Verbandes aus, müssen nunmehr versucht werden. Sich an die verschiedenen Gesellschaftsklassen wendend, schlägt der Verband sodann vor, den Versuch zu machen, diejenigen Personen, die sich die Staatsgewalt angemaßt hätten, ohne Verzug zu entfernen, an ihrer Stelle eine konstituierende Versammlung einzuberufen, Maßregeln zum Schutze der Verbandsmitglieder zu treffen, allgemein zu empfehlen, vor den Gerichten jedes Zeugnis auf Fragen bezüglich des Verbandes zu verweigern, und endlich für alle Berufe, die dem Verbande angehören, einen allgemeinen politischen Ausstand ins Werk zu setzen.

Für die Beseitigung des absolutistischen Regierungssystems sind seitens des russischen Volkes resp. deren Vertretungen wieder machtvolle Demonstrationen inszeniert worden. So wird aus Minsk gemeldet: In zwei Straßen fanden regierungsfeindliche Kundgebungen statt, an denen sich über 3000 Arbeiter beteiligten und bei denen zahlreiche Schüsse in die Luft abgegeben wurden. — Der Wirtschaftsrat des Gouvernements Charkow erklärte in seiner letzten Sitzung, die Regierung sei vollständig bankerott, und es fehle ihr deshalb das Recht, die innere wie die äußere Politik zu leiten. Der Wirtschaftsrat erachte es für notwendig, sofort eine Volksvertretung einzuberufen. — Weiter wird gemeldet: Während der Sitzung des den Namen „Bund“ führenden Revolutionskomitees in Wilna wurden elf Teilnehmer verhaftet. Die Versammlung hatte sich mit der Beratung eines Progamms für die Beseitigung der bestehenden Staatsordnung beschäftigt.

Die antisemitischen Greuel, die bekanntlich von der Regierung manchmal offen, manchmal versteckt unterstützt werden, dauern fort. In der Kreisstadt Brestlitowsk an der Weichselbahn haben sich seit Sonntag mittag antisemitische blutige Ereignisse wegen der Mobilisation des 19. Armeekorps zugetragen. Der große Zuflaß von Reservisten hatte zur Folge, daß mit den dortigen Juden Konflikte ausbrachen. Während des Tages und während der Nacht dauerten die Schlägereien und Metzeleien fort. Infanterie feuerte Salven in die Menge. 28 Personen blieben tot, 34 wurden verwundet. Viele Läden und sämtliche Fensterscheiben in den betroffenen Straßen wurden zertrümmert. Patrouillen durchziehen die Stadt und gewähren niemand Einlaß durch die Zugänge der Stadt.

Ein Empörungsschrei. Wir haben unsere Leser von den letzten Straßenkämpfen in Warschau unterrichtet, in denen Juden gegen Juden und Proletarier gegen Proletarier wüteten. Anfangs schien es, als ob diese Metzeleien einen Verzweiflungskampf der Sozialisten gegen die Spitzel darstellten, doch blieben die Zusammenhänge immer noch unklar. Erst in den letzten Tagen wird der wahre Sachverhalt bekannt, und das folgende Flugblatt des jüdischen Arbeiterbundes, welches einem Leser der Breslauer „Volkswacht“ dieser Tage in Warschau in die Hand gedrückt wurde, stellt die Ursache der Kämpfe völlig klar. Das Flugblatt ist in hebräischer Schrift gedruckt und wurde von befreundeter Seite wie folgt übersetzt:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Der allgemeine jüdische Arbeiterbund
in Littauen, Polen und Rußland.
Warschau im Kriegszustand!

Was wir vorausgesagt haben, ist geschehen. Warschau ist in Kriegszustand erklärt. „Nach den fürchterlichen Unordnungen und schrecklichen Dingen, die sich in letzter Zeit abgespielt“, schreibt Maksimowitsch, „begebe ich die Städte in die Hände vom Militär, das Ordnung schaffen soll“.

Die schrecklichen Sachen hat die Polizei allein hervorgerufen. Sie hat die Arbeiter aufgehetzt und die Lumpen gegen einander. Da hat sie den Arbeitern zugeredet, die Bordellhäuser zu demolieren, sie hat den Dieben gesagt: man möge die Arbeiter schlagen. Der mörderische Plan der Regierung ist jetzt offen: sie hat herausgerufen die letzten Geschehnisse, um eine Ausrede zu finden und das Militär zu Herren der Stadt zu machen. Donnerstag und Freitag, als die fürchterlichen Unordnungen vorgekommen waren, hatte sie geschwiegen. Sie hat gewartet, bis die schrecklichen Dinge noch fürchterlicher wurden, daß Warschau eine Verwüstung, ein Gemetzel wie Baku werden sollte. Wir haben es nicht soweit kommen lassen. Wir haben, soweit es möglich war, die Massen beruhigt; länger hat Maksimowitsch nicht warten können und hat die Stadt in Kriegszustand erklärt.

„Das Militär soll Ordnung schaffen“, das heißt, man soll friedliche Passanten schießen, Unbewaffnete, Frauen, alte Leute und Kinder, die arretierten Revolutionäre einem Kriegsgericht übergeben, das heißt Schrecken und Angst auf die Arbeitermasse werfen, und das alles mit der Ausrede, daß es nötig sei um die Stadt zu beruhigen, eine Ruhe, bei welcher keiner seines Lebens und Vermögens sicher ist. Die Soldaten wüteten und und niemand wagt, sich zu widersetzen — das will Maksimowitsch. Er hofft damit abzuschrecken das kämpfende Proletariat, abzuschwächen den Kampf der Revolutionäre — umsonst ist seine Hoffnung!

Genossen! Faktisch ist jetzt ganz Rußland im Kriegszustande. Faktisch ist schon seit den Januartagen das Militär Herren der Stadt Warschau. Mit oder ohne Ausrede, sobald die Regierung es für nötig erachtet, Blut zu vergießen, tut sie es; sie scheut nichts, um uns abzuschrecken, unsere Bewegung zu vernichten. Bis jetzt ist ihr dies nicht eingefallen. Gerade in letzter Zeit, wo das Schwert beständig über unseren Köpfen hängt, wo viele von unseren Genossen gefallen sind und wir den Tod ständig vor Augen sehen, gerade jetzt ist unsere Bewegung gereift, wie noch nie zuvor. Wir haben uns auch jetzt nicht abschrecken lassen. Die Stadt ist im Kriegszustand und alle Straßen sind voller Arbeiter, wir verbreiten auf den Börsen, wie auf den Wegen und Straßen unsere Flugschriften, und welche Mittel Maksimowitsch auch annehmen wird, er wird unseren Kampf nicht abschwächen! Der Tod ist uns nicht schrecklich, vor Blut fürchten wir uns nicht, es wird unsere Fahne noch röter färben, unsere revolutionäre Begeisterung noch mehr auflammen. Kriegszustand . . . . gut, wir werden kriegen, aber Sieger werden wir bleiben!

Vorwärts, Genossen! Unsere Arbeit darf nicht um ein Haar geschwächt werden, wieviele Opfer es auch kosten soll, — unsere Fahne dürfen wir auch nicht eine Minute aus unserer Hand lassen. Unser Kampf muß heftiger und heftiger werden, bis er uns zum Siege führen wird. Vorwärts, Genossen!

Nieder mit der Selbstherrschaft!
Es lebe die Revolution!
Es lebe die demokratische Republik!
Es lebe der Sozialismus!

Warschau, 64. Komitat vom „Bund“.
Mai 1905, gedruckt in 10 000 Exemplaren, Druckerei vom „Bunde“.

Mit Bewunderung stehen wir vor dem Mute, der Energie und Begeisterung dieser jüdischen Arbeiter, welche mitten im Kugelregen die rote Fahne entfalten und sie nicht verlassen, ob auch Kerker und Tod droht. Eine Bewegung, welche so viel edles Menschentum weckt, muß schließlich siegreich bleiben gegenüber der steinernen Barbarei.

Rußland und Japan.

Die Friedensbemühungen, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten eingeleitet worden sind, scheinen von Erfolg gekrönt zu sein. Roosevelt hat in einer Note beiden Mächten empfohlen, sich direkt, ohne Einmischung einer fremden Macht, zu verständigen. Beide Mächte sollen sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt haben; es wird also eine Konferenz zwischen Vertretern beider Mächte stattfinden. Aus dem Wust von Meldungen, die hierzu vorliegen, verzeichnen wir nur folgende: Der amerikanische Gesandte benachrichtigte die japanische Regierung, daß der Zar Roosevelts Vermittlungsvorschlag akzeptierte, nachdem er mit den Großfürsten und Ministern konferiert hatte. Roosevelt, der unmittelbar zwischen den beiden Parteien verhandelt, erkundigte sich nach dem Bevollmächtigten sowie nach der Wahl des Verhandlungsortes. In Tokio erwartet man unter gewissen Voraussetzungen den Abschluß eines Waffenstillstandes. — Es wäre nur mit Freuden zu begrüßen, wenn die Friedensverhandlungen zu einem guten Resultat führten, damit endlich das menschenmörderische Schlachten ein Ende nähme.

Jetzt endlich erfährt man, worauf die russische Niederlage zurückzuführen ist. Zar Nikolaus telegraphierte nämlich an Admiral Roschdjestwensky: Von Herzen danke ich Ihnen und allen den Offizieren des Geschwaders, welche im Kampfe ihre Pflicht ehrenvoll erfüllten, für Ihre Aufopferung in Rußlands und meinem Dienste. Nach dem Willen des Höchsten war es Ihnen nicht beschieden, daß Ihre Heldentat durch Erfolg gekrönt wurde, aber auf Ihren unbegrenzten Heldenmut wird das Vaterland immer stolz sein. Ich wünsche Ihnen baldige Genesung, auch daß Gott Sie alle tröste. — Befänden wir uns an Nikolaus Stelle, wir würden dem Höchsten, der die russischen Gebete absolut nicht zu erhören scheint, jetzt endgültig die Vormundschaft kündigen.

Ueber die Seeschlacht bei Tschuschima liegt folgender Bericht des Konteradmirals Enquist an den Zaren aus Manila vom 5. Juni vor: Am 27. Mai um Mitternacht kam es zwischen Tschuschima und Iki-Sima zum Kampfe. Der Himmel war klar, ein frischer Wind wehte aus Süden, der Horizont war sehr nebelig. Das japanische Geschwader erschien gegen 2 Uhr morgens im Norden und begann den Kampf. Die Taktik der Japaner bestand darin, uns nicht nach Wladiwostok passieren zu lassen. Jedesmal, wenn unser Geschwader sich nach Norden wandte, wurde es infolge der größeren Geschwindigkeit der japanischen Schiffe von diesen überholt. Unsere Panzerschiffe feuerten auf das Panzerschiff, das sich an der Tete des japanischen Geschwaders befand. Die japanischen Panzerkreuzer, neun an der Zahl, und das Panzerschiff „Tschin-Jen“, versuchten unsere Panzerschiffe zwischen zwei Feuer zu nehmen, und unsere Kreuzer mußten während der ganzen Dauer des Kampfes sich gegen sie wenden. Fünf Minuten nach Beginn des Kampfes sank die „Ossljabja“; die „Borodino“ war kampfunfähig geworden, ebenso der „Knäs Ssuwaro“, der in Brand geraten war und Masten und Schornsteine verloren hatte. Das Geschwader machte eine Wendung, um den „Ssuworow“ zu decken, und die „Borodino“ nahm wieder ihren Platz ein; „Imperator Alexander III.“ befand sich zu dieser Zeit an der Tete unseres Geschwaders. Im zweiten Abschnitt des Gefechtes sank die „Orel“, ihre Besatzung wurde durch das Transportschiff „Anadir“ gerettet. Die Taktik der Japaner zwang unsere Geschwader, sich im Kreise um die Transportschiffe und Torpedoboote zu halten, während die Japaner es von außen umkreisten. Wegen der geringen Geschwindigkeit unserer Schiffe war es schwierig, aus dieser Lage herauszukommen, aber vor Sonnenuntergang nahm unser Geschwader Kurs nach Norden. In diesem Augenblicke wurde auf einem Torpedoboot in der Nähe des „Ssuworow“ das Signal gehißt: „Der Admiral übergibt das Kommando an den Admiral Nebogatow.“ „Imperator Alexander III.“ verließ, stark beschädigt, die Schlachtordnung; „Borodino“ war nun an der Tete und das Feuer des Feindes konzentrierte sich auf sie. Bei Sonnenuntergang feuerte sie den letzten Schuß. Unser Geschwader bemerkte eine Anzahl japanischer Torpedoboote und wandte sich deshalb nach Süden. Zu dieser Zeit fehlten „Ssuworow“, „Borodino“, „Ossljaba“, „Kamschatka“, „Orel“ und „Ruß“. Meine Kreuzer, die gegen die japanischen Kreuzer kämpften, litten stark durch Geschosse großen Kalibers. In der Nacht begannen die Torpedoboote anzugreifen. Ueber das Ergebnis kann ich nicht berichten, weil ich die russischen Schiffe nicht von den der japanischen Schiffe unterscheiden konnte. Ich habe mehrere Male versucht, nach Norden zu entkommen, aber die wiederholten Angriffe zwangen mich, Kurs nach Süden zu nehmen. Am 28. Mai morgens entschloß ich mich, nach Manila zu dampfen, weil ich nicht wußte,

wo sich das Geschwader befand, will ich ferner 6 Jahre lang, der ganzen japanischen Flotte zu begegnen, und weil die Kreuzer Kerl beschädigt waren und keine Kohlen mehr hatten. Die Haltung der Schiffsbesatzungen war über jedes Lob erhaben.

Streiks und Bewegungen.

Dienstag, den 13. Juni 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Der Zuzug von Maurern nach Reinfeld i. H. ist streng fernzuhalten!

Die Materialsperre ist von seiten der Innung „Bauhütte" über alle Bauplätze verhängt worden. Man hofft auf diese Art die Unternehmer, welche die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkennen und bewilligen wollen, zu zwingen, den Bau ruhen zu lassen. Daß durch derartige terroristische Maßnahmen die Streikenden irgendwie eingeschüchtert werden, dürften die Innungsmeister selbst kaum glauben. Erreicht wird nur, daß auch andere Arbeiter, die dem Streik völlig fern stehen, feiern müssen. So mußte die Fuhrunternehmerfirma Holst Wwe. drei ihrer Arbeiter entlassen, weil sie keine Materialien mehr zum An- oder Abfahren bekommen kann.

Zum Streik im Baugewerbe äußert sich Hans Unverzagt in der „E.-Z. wie folgt:

„Die Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter streiken. Sie haben die Pfingstferien 8 Tage eher begonnen, als wir anderen Sterblichen. Und sie werden sie, wie man vernimmt, noch recht lange fortzusetzen haben. Auch die Tischler, Schlosser und Maler, soweit sie für Bauten tätig sind, werden dann in Mitleidenschaft gezogen und zu unfreiwilligem Feiern veranlaßt werden. Das sind für unser ganzes Erwerbsleben recht trübe Aussichten. Es hat den Anschein, als ob damit eine Aera wirtschaftlicher Kämpfe anheben wird, die als eine Folge der Wahlrechtskämpfe unausbleiblich sein werden. Das Ziel ist die Ueberschreitung der 2000 Mark-Grenze, die den Achtel- vom Vollbürger scheidet. Es ist ja ein langer Weg bis dahin, aber er wird zurückgelegt werden und manche Existenzen des Kleinbürgertums werden dabei auf der Strecke bleiben."

Die Lohnbewegung im Baugewerbe hat mit der Wahlentrichtung absolut nichts zu tun; die geforderten 65 Pfg. Stundenlohn bringen den Jahresverdienst noch lange nicht auf die Höhe von 2000 Mk. Viel richtiger ist es, den vom Amtsblatt warm befürworteten Brot- und Fleischwucher dafür mit verantwortlich zu machen. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel steigen, und wenn der Arbeiter seine ganze Lebenshaltung nicht bedeutend verschlechtern will, so ist er gezwungen, sich höheren Lohn zu erkämpfen, weil ihm freiwillig vom Unternehmertum nichts gegeben wird. Richtig ist es, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifes eine Aera wirtschaftlicher Kämpfe anbrechen dürfte. Daran tragen aber aber nicht die Arbeiter, sondern diejenigen Leute Schuld, die in brutaler, selbstsüchtiger Weise, gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes, die Erhöhung der Zölle beschlossen haben.

Das diesjährige Pfingstfest war außerordentlich vom Wetter begünstigt. Die Folge davon war, daß die Zahl der Ausflügler eine sehr große war. Israelsdorf, Schwartau, Travemünde usw. wurden von Touristen und Gästen förmlich überschwemmt. Die Eisenbahn, die Straßenbahnen, die Dampfschiffe und die Motorboote genügten kaum, um den Riesenverkehr zu bewältigen. Auch die Wirtschaften und Vergnügungslokale vor und in unserer Stadt erfreuten sich zum Teil eines sehr starken Besuches.

Nachsendung von Zeitungen. Die Bestimmungen für die Ueberweisung von Zeitungen sind jetzt bei bevorstehender Reisezeit von besonderem Interesse. Die Gebühr für die Ueberweisung einer Zeitung nach einem andern Orte innerhalb Deutschlands beträgt 50 Pf. und ist im voraus zu entrichten. Wird die Ueberweisung gleichzeitig für den Rest der laufenden und für die kommende Bezugszeit verlangt, so wird die doppelte Gebühr erhoben. Die Rücküberweisung nach einem früheren Bezugsorte erfolgt kostenfrei und wird, wenn die Dauer der Nachsendung im Antrage genau angegeben ist, von der Post ohne weiteres bewirkt. Wenig bekannt ist, daß die deutschen Postanstalten auch Zeitungen ins Ausland nachschicken. Soweit die Ueberweisung nicht auch durch die Post wie im Inland erfolgen kann, senden die Postanstalten die einzelnen Zeitungsnummern unter Kreuzband nach. Man hat außer dem entsprechenden Antrag lediglich den ungefähren Betrag des zu verwendenden Drucksachenportos bei dem Postamt zu hinterlegen.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 31. Mai 135 Schiffsunfälle gemeldet worden, darunter haben 94 Dampfer und 27 Segelschiffe Beschädigungen erlitten. 6 Dampfer und 8 Segelschiffe gingen total verloren.

Konkurseröffnung. Ueber das Vermögen des Bauunternehmers Carl Johann Julius Hering in Lübeck, Attendornstraße 55, ist am 10. Juni 1905, nachmittags 5 Uhr 14 Min., das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Kähler in Lübeck ist zum Konkursverwalter ernannt worden.

Handelsregister. Am 10. Juni 1905 ist eingetragen: die Firma Gerhard Hayessen in Lübeck. Inhaber: Gerhard Hayessen, Kaufmann in Lübeck.

pb. **Festgenommen** wurde ein Tischlergeselle aus Berlin, welcher seitens des Amtsgerichts Grevesmühlen, zwecks Verbüßung einer sechstägigen Gefängnisstrafe, wegen Beamtenbeleidigung verfolgt wurde.

pb. **Kleine Brände.** Am Montag, den 12. d. Mts. entstand in dem Emaillierraum des Tremser Eisenwerkes ein kleines Schadenfeuer. Mehrere Bretter, welche auf einem Hitzekanal lagen, waren durch die in dem Kanal befindliche Hitze in Brand geraten. — Ein weiteres Schadenfeuer war in einem Hause der Rosenstraße dadurch entstanden, daß ein 10jähriges Kind durch Fortwerfen eines brennenden Streichholzes einen Sack in Brand setzte.

pb. **Beim Baden ertrunken.** Ein in Moisling wohnender 19jähriger Arbeiter, welcher in dem Elbe-Trave-Kanal unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Genin badete, wurde im Wasser anscheinend von einem Schlaganfall betroffen und ertrank. Die Leiche wurde wurde gefunden und in die elterliche Wohnung geschafft.

pb. **Konkursvergehen.** Gegen einen in der Attendornstraße wohnenden Zimmermeister wurde Anzeige wegen Verbrechens gegen die Konkursordnung, Anzeige erstattet. Derselbe ist flüchtig.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Trittau wurden zwei Kinder des Schmiedemeisters Heinelt aus Großensee in einer Kiesgrube verschüttet. — Ertrunken. In der Sonntagnacht kletterte ein unbekannter, etwa 25 Jahre alter Mann über mehrere an den Vorsetzen in Hamburg liegende Schuten, fiel hierbei ins Wasser und fand seinen Tod durch Ertrinken. — Wegen Mordverdachts verhaftet. In Meldorf i. H. wurde ein Klempnerlehrling verhaftet, der im Verdacht steht, Ende Januar das Fräulein Grantz ermordet zu haben. — Den Dornerstagabend sind im Kieler Hafen drei Leichen gefunden, und zwar diejenige des seit dem 3. Januar d. J. vermißten Arbeiters Steen, ferner die Leiche des Schmieds Bossik, der vor zwei Tagen ertrank, und endlich die bis zur völligen Unkenntlichkeit entstellte Leiche einer Frauensperson, deren Wäsche mit den Buchstaben P. K. gezeichnet ist. — Sonnabend nachmittag verunglückte der Dachdeckermeister Grosche aus Malchin auf der Chaussee in der Nähe von Stavenhagen durch Scheuwerden des Pferdes seines Einspännerwagens. Grosche wurde aus dem Wagen gegen einen Stein geworfen, wodurch ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Die zweijährige Tochter eines Einwohners der nördlichen Bremer Vorstadt kletterte, während sie allein in einem Zimmer der ersten Etage war, auf eine Fensterbank, öffnete das Fenster und stürzte aus demselben auf den Hof. Die Kleine hatte einen Schädelbruch erlitten; sie starb schon nach wenigen Stunden. — Die Oldenburgische Landesausstellung wurde am 9. Juni eröffnet — Die fürstlich Knyphausensche Forst bei Wittmund und der angrenzende fiskalische Rollrunger Wald, insgesamt 60 Hektare, brennen. Alle Umwohner und eine Kompagnie aus Aurich leisten Hilfe.

Hamburg. Mord in Niendorf bei Lockstedt. In der Niendorfer Gastwirtschaft „Zum Bäcker" entstand gestern abend ein großer Tumult. Ein Stallbursche hatte einen mit einem Fuhrwerk dort angekommenen Herrn im Streit erschlagen und sollte von einem Gendarmen verhaftet werden. Mehrere Leute vergriffen sich in ihrer Empörung über die Untat an dem Verhafteten und konnten nur mit Mühe von dem Gendarmen zurückgedrängt werden. Der Erschlagene ist bis auf weiteres in einer Scheune untergebracht.

Hamburg. Vom Pfingstverkehr. Allein am Lübecker Bahnhof wurden am Sonntag über 14000 Rückfahrkarten, ausschließlich der Durchgangs-, Zeit- und einfachen Fahrkarten, gelöst.

Altona. Eine wohlverdiente Korrektur der hiesigen Polizei. Während des Bergarbeiterstreiks fand ein Wohltätigkeitsfest zu deren Gunsten statt, wobei eine kurze Ansprache des Genossen Hoffmann stattfinden sollte. Ein zu Unrecht anwesender Kriminalbeamter fand in der Rede die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten und löste, weil die Versammlung unangemeldet war, das Fest auf. Ein Strafmandat folgte, Hoffmann sollte 30 Mk. zahlen, oder 10 Tage Haft absitzen. Gegen diese polizeiliche Verfügung wurde Gerichtsentscheidung beantragt. Und nun stellte sich heraus, daß der Lokalinhaber bei der Polizei das Fest anmelden wollte, wobei ihm gesagt wurde, es sei unnötig, was der Beamte als Zeuge bestätigte. Der Beamte, der die „Versammlung" aufgelöst hatte, behauptete, es seien öffentliche Angelegenheiten erörtert worden, weshalb er die unangemeldete Versammlung auflöste. Selbstverständlich war der Amtsanwalt für Aufrechterhaltung des Strafmandats, was vom Genossen Hoffmann in trefflicher Weise widerlegt und bewiesen wurde, daß es sich nur um Anführung geschichtlicher Tatsachen und keiner Erörterung öffentlicher Dinge handelte. Wenn derartige Reden bei anderen Anlässen, Geburtstagsfeiern 2c. gehalten werden dürfen, nehme er sich das gleiche Recht heraus. Der Gerichtshof erkannte denn auch auf Freisprechung, weil es keine Versammlung war, nur ein Akt der Wohltätigkeit. Auch lag keine Täuschung vor, da der Wirt die Anmeldung ausführen wollte.

Kiel. Die Innung „Bauhütte" in Kiel hat folgendes Zirkular versandt: „Innung „Bauhütte" Kiel. Wie bekannt, streiken hierselbst die Tischler. Wir bitten unsere Mitglieder, die Arbeitgeber der Tischlerbranche dadurch in der Durchführung des Streiks zu unterstützen, daß Nachsicht geübt wird bei der Lieferung und Leistung von Tischlerarbeiten und daß demgemäß nötigenfalls die Bauten nicht forciert werden. In Lübeck streiken Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. Wir bitten, diese Streikenden nicht zu beschäftigen. Kiel, den 8. Juni 1905. Der Vorstand." — An derartige Zirkulare werden sich die Meister, die tüchtige Gesellen haben wollen, wohl wenig stoßen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist beim Lübecker Streikbureau andauernd eine starke.

Schleswig. Die staatlich anerkannte Wünschelrute. Die wasserfindende Wünschelrute, von Zweiflern noch verspottet, von vielen als halber Aberglauben angesehen, sie ist jetzt staatlich anerkannt. Der Unternehmer Kuhberg in Schleswig, der schon mehrfach mit der Wünschelrute Wasser an Stellen gefunden, wo Bohrungen keinen Erfolg hatten, und der behauptet, daß die wunderwirkende Gabel ihn noch nie im Stiche gelassen, fand kürzlich auf dem von dem Regierungspräsidenten bewohnten Grundstück eine starke Wasserader. Darauf wohl ist es zurückzuführen, daß Kuhberg nunmehr den Auftrag erhalten hat, auf einer staatlichen Domäne bei Woyens mit der Wünschelrute nach Wasser zu suchen.

Schönberg. Von einem schweren Unfall wurde der schon bejahrte Arbeiter Düker in Selmsdorf betroffen. Er war beschäftigt in dem Sägewerk zu Lauen. Als er eine ihm aufgetragene Arbeit verrichten wollte, tat er mit einem schweren Beil einen so unglücklichen Hieb, daß er sich tatsächlich einen Fuß spaltete. Die erste ärztliche Hülfe mußte aus dem nahen Schlutup beschafft werden.

Wismar. Die Anstellung von Schulärzten abgelehnt. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses kam eine Entscheidung des Ministeriums über die vom Bürgerausschuß erhobene Beschwerde betr. Anstellung eines Schularztes zur Verlesung. Wie erinnerlich sein wird, hatten unsre Genossen im vorigen Jahre den Antrag gestellt, einen Schularzt anzustellen, welchen Antrag der Bürgerausschuß zum Beschluß erhob. Der Rat hingegen konnte sich nicht zu der Ansicht des Ausschusses emporschwingen und ließ es auf die ministerielle Entscheidung ankommen. Diese weist die Beschwerde des B.-A. zurück. Aus der Begründung dieses Entscheides sei hervorgehoben, daß das Ministerium die Anstellung eines Schularztes als zweckmäßig und im Interesse der Gesundheit der Kinder liegend erachte, daß jedoch zurzeit ein dringendes Bedürfnis für die Anstellung eines Schularztes nicht in den hiesigen Verhältnissen begründet sei.

Ludwigslust. Ein Unglücksfall setzte Freitag die Familie des Lehrers Helberg in Gr.-Laasch in tiefe Trauer. Frau H. hatte ihr 1½jähriges Kind in einen Kinderstuhl gesetzt und sich dann auf einen Augenblick entfernt. Als sie wieder in die Stube kam, fand sie ihr Kind als Leiche mit dem Kopf zwischen Tischbrett des Stuhles und Sitz hängen. Das Kind war nach vorne aus dem Stuhl gerutscht und mit dem Kopf hängen geblieben. Alle Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

Boizenburg. Gegen das Urteil des Schweriner Landgerichts in Sachen „Barbey gegen Garber" ist vom Genossen Garber Revision eingelegt. Hoffentlich verweist diesmal das Reichsgericht bei Aufhebung des Urteils die Sache zur anderweiten Verhandlung an eine andere Strafkammer.

Bremerhaven. Die Bauhandwerker der drei Hafenorte Bremerhaven, Lehe und Geestemünde legten die Arbeit wegen Lohndifferenzen nieder.

Stadthalle.

„Der Kaiserjäger", Komödie in 3 Akten von Brennert und Ostrau. Es ist ein Stück aus dem „Kundenleben", welches uns die beiden Verfasser vor Augen führen; ob es in allen seinen Teilen der Wirklichkeit entspricht, ist eine Frage, die nicht bejaht werden kann von denen, die selbst die zweifelhaften Freunden der „Walze" durchzukosten hatten. Aber darauf kommt es ja schließlich allein auch garnicht an. Der Aufbau der Komödie ist nicht ungeschickt, und die einzelnen Charaktere recht gut herausgearbeitet. Wir wollen den Inhalt des Stückes nachstehend kurz skizzieren. In einem Chausseegraben treffen sich drei alte Wandervögel. Nachdem sie eine zeitlang sich in der originellen Sprache der Kunden unterhalten haben, gesellt sich zu ihnen als vierter ein reisender Kellner, Josef Enziger aus St. Pölten, der mit Stolz betont, daß er bei den Tiroler Kaiserjägern gedient hat. Er nennt sich deshalb noch immer der Kaiserjäger. Nebenbei gesagt ist er auch ein fescher Kerl. Seit fünf Jahren liegt er bereits auf der Landstraße und der Hang zum Vagabundieren ist bei ihm schon unausrottbar geworden. Während die vier noch im besten Erzählen sind, erscheint auf der Bildfläche der Ortsgendarm, der sie „fleppt". Obwohl die Papiere krank, d. h. nicht in Ordnung, zum teil nicht vorhanden sind, so läßt er die Kunden doch laufen, weil der Handwerksburschenfang eine Spezialität des Landrats ist und er gerade mit der Verhaftung eines Messerstechers zu tun hat. Nachdem die vier es sich wieder im Chausseegraben bequem gemacht haben, kommt plötzlich der Herr Landrat in eigener Person und will die Walzbrüder — mit Ausnahme des Kaiserjägers, der „gute" Papiere hat — einfasteln lassen. Da fällt ihm jedoch ein, daß die Bauern immer über die Leutenot jammern, er beschließt deshalb, die drei Kunden im Orte als Landarbeiter unterzubringen. Anfangs wollen weder die Bauern, noch unsere drei Freunde von der Landstraße, die an der Arbeit kein besonderes Vergnügen finden, sich mit dieser Lösung der Landarbeiterfrage zufriedengeben. Schließlich, nach einer Drohung des Landrats, einigen sich die Parteien. Nur der Kaiserjäger lehnt es stolz ab, das ungebundene Leben auf der Landstraße mit geregelter Arbeit zu vertauschen. Doch auch er bleibt im Dorf, als die stattliche Wirtin, eine Witwe, deren letzter Liebhaber als Messerstecher verhaftet ist, ihn bittet, bei ihr zu bleiben. Er betont aber auch ihr gegenüber, daß er wohl nicht lange bei ihr sein würde, aus Freude am Wanderleben. Schließlich kommt es so, wie vorauszusehen war, die Wirtin heiratet den Kaiserjäger. Aber in dieser Heirat findet letzterer nicht sein Glück; sein Hang zum Vagantenleben läßt ihm keine Ruhe. Als nach einiger Zeit der wegen Messerstecherei verurteilte Liebhaber aus dem Zuchthause ausbricht und bei der Wirtin Zuflucht sucht, wird er von ihr zum Hause hinausgejagt und den Gendarmen überliefert. Der Kaiserjäger kommt gerade hinzu und der Ekel über diese Tat packt ihn. Als er nun seinen Gefühlen durch Worte Luft zu machen versucht, verdirbt er es mit den Bauern, die ihm vorwerfen, er werde von seiner Frau ausgehalten. Als letztere dann gar ihm gegenüber die Herrin herauskehren will, verläßt er für immer sein Weib, um zu seiner geliebten Landstraße zurückzukehren. Die andern drei Kunden, deren Schicksale von den Autoren so nebenbei behandelt werden, finden sich allmählich, wenn auch schwer, in ihre neuen Verhältnisse. — Das ist in großen Umrissen die Handlung des Stückes. Die Darstellung desselben war gut. Prachtgestalten stellten Herr Wahlberg (Kaiserjäger) und Fräulein Rheinen (Wirtin) auf die Bühne. In ihnen waren Leben und Kraft vorhanden. Weiter schufen die Herren Korth (Barbier) und Förster (Landrat) prächtige Typen. Leider war die Vorstellung, die sehr beifällig aufgenommen wurde, nicht nach Verdienst besucht.

P. L.

Sozialcs.

Der Kampf mit der Setzmaschine in Oesterreich. Die Tarifverhandlungen zwischen den Buchdruckergehilfen und den Unternehmern in Oesterreich sind infolge des Starrsinnes und der Ausbeutungssucht der Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer wollten, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung" berichtet, daß an den neuen Setzmaschinen nur ungelernte Leute beschäftigt werden dürfen, und sie ließen sich nur noch zu dem Zugeständnis herbei, daß „auch" gelernte Handsetzer beschäftigt werden können. Damit sollten die an den neuen, ganz besonders leistungsfähigen Maschinen beschäftigten Setzer von den übrigen Buchdruckern isoliert und als Keil in die Organisation getrieben werden. Die österreichischen Setzer aber verlangen, daß an den Maschinen nur ehemalige Handsetzer beschäftigt werden. Wenn sie auch nicht verhindern können, daß dort, wo die Maschine arbeitet, weniger Arbeiter Platz haben und damit die Arbeitslosigkeit steigt, so wollen und können sie doch verhindern, daß der Uebergang vom Hand- zum Maschinenbetrieb zu einer Herabdrückung der verhältnismäßig hohen Lebenshaltung der Setzer führt. Und hoffentlich wird auch den Arbeitern der Sieg in diesem Kampfe gelingen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 10. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1089 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandschweine, schwere 64 Mk. leichte 65 Mk., Sauen 56–60 Mk. und Ferkel 59–63 Mk. pro 100 Pfund.

Ordentliche Leute mit einem 13jährigen Kinde suchen zum Oktober kleine Wohnung, Nähe Engelsgrube, wenn möglich gegen Reinigung eines Kontors. Ang. u. M E an die Expedition d. Bl.

Uhren reinigen . 1,00,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 82.

Martha Düsterdieck
Carl Heuser
Verlobte
Lübeck, Pfingsten 1905.

Hertha Meyenburg
Johannes Heuer
Verlobte.
Lübeck, den 11. Juni 1905.

Auguste Schröder
Heinrich Sievers
Verlobte.
Lübeck, Pfingsten 1905.

Gutgehendes Ladengeschäft oder leerer Laden mit kleiner Wohnung zu sofort oder 1. Juli gesucht. Angebote Friedenstraße 36 oder Schwönekenquerstraße 25.

Gut möbliertes Zimmer zu vermieten.
Geverdesstraße 12.

Suche einen
Schlosserlehrling.
Fr. Spencke, Dornestraße 18 a.

Gesucht Mädchen, welche das Schneidern, Musterzeichnen und Zuschneiden erlernen wollen
Fleischhauerstraße 5, II

Bitte, meiner Ehefrau **Elsa Pingel**, welche mich böswillig verlassen hat, nichts mehr auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts hafte.
Heinrich Pingel, Niendorf i. Lüb

Sonntagabend 7½ Uhr entschlief sanft nach langem schwerem Leiden im Allgemeinen Krankenhause mein lieber Mann und meiner Kinder treusorgender Vater, der Maurer **Wilhelm Nupnau** im 29. Lebensjahre. Aufs Tiefste betrauert von mir, meinen Kindern und allen, die ihm nahe standen. **Katharine Nupnau**, geb. Wulf.
St. Lorenzen, den 13. Juni 1905.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 15. d. M., 11 Uhr in Krummesse statt.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Empfehle meinen
Rasier- und Haarschneide-Salon
Ant. Dähn, Friseur, Dankwartsgrube 63.

Halte meine Wirtschaft mit Klubzimmer bestens empfohlen und stelle mein Klavier den Gästen gratis zur Verfügung.
Glas Bier 10 Pfg.
Wilhelm Utermark
Kl. Burgstraße 25. Kl. Burgstraße 25.

Original SINGER Nähmaschinen
Man beachte die Fabrikmarke.
THE SINGER MANF. CO. TRADE MARK
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Lübeck: nur Breitestraße 40.
Oldenburg in Holst.: Johannisstraße 3.
Segeberg: Hamburgerstraße 60.
Mölln in Lauenbg.: Hauptstraße 52.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
nicht Dienstag, sondern Donnerstag den 15. Juni
abends 8 Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. **Berichterstattung vom Gewerkschafts-Kongreß.**
   Berichterstatter: Kollege Adam Neumann-Hamburg.
2. **Der Streik im Baugewerbe.**
3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.
Die Lokalverwaltung.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wahmstr. 8.

Achtung Töpfer!

Die Versammlung heute Dienstag den 13. d. findet nicht statt.
Der Vorstand.

Gewinn-Nummern der Tombola des Kaninchenzüchtervereins für Lübeck und Umgegend

1	65	72	105	125	126	145	158	201
205	217	228	238	258	304	373	424	440
483	509	517	563	564	579	633	643	661
666	706	754	770	799	801	822	854	864
882	900	987	993					

Die Gewinne sind b's Donnerstag abend vom Ausstellungsplatze abzuholen, andernfalls gegen Erstattung der Futterkosten bei H. Godenrath, Pelzerstraße 30 a. Schlußtermin der Abholungszeit 1. Juli 1905.

Stadt-Halle.
Mittwoch: Abonnements-Vorstell. 34.
Der Kaiserjäger.
Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.
In Vorbr.: **Die Brüder von St. Bernhard.**

Achtung Flußschiffer!

Die Kollegen, welche durch den Maurerstreik in Mitleidenschaft gezogen sind und Unterstützung beanspruchen, müssen sich heute abend melden beim Kassierer H. Kaehler, Effengrube 20/7.

Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 14. Juni
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50 52

Tages-Ordnung:
1. Unsere Agitation
2. Bauarbeiterstreik.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Berliner
Volks-Zeitung
mit reichillustriertem Sonntagsblatt.

Chefredakteur: Karl Vollrath

Diese jetzt in ihrem 33. Jahrgange stehende altbewährte Vorkämpferin für **Freiheit und Recht** ist die **billigste**

täglich zweimal erscheinende Zeitung.

Interessante Leitartikel. Moderne Weltanschauung. Schnelle und zuverlässige Berichterstattung über alles Wissenswerte. Unabhängiger und ausführlicher Handelsteil. — Theater, Musik, Kunst, Wissenschaft, Technik. Interessante Romane erster Autoren. So erscheinen im nächsten Quartal außer

„Hoppe Lotte" von **Eduard Adolay**
„Blazek der Märtyrer" von **Heinr. Köhler**
noch das höchst interessante Werk:
„Der Kampf um die Scholle" von **Richard Skowronnek**, diesem beliebten Dramatiker und Schriftsteller, u. ferner eine spannende Novelle v.
E. von Wolzogen: „Beriberi", die, lebendig und geistreich geschrieben — ein echter Wolzogen — sicherlich ebenfalls das lebhafteste Interesse aller Leser in Anspruch nehmen wird.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs
nur 80 Pfg. monatl.
oder 2 Mk. 40 Pfennig vierteljährlich.
Probenummern kostenlos!

Expedition der Berliner Volks-Zeitung
Berlin SW. 19 Jerusalemer Straße 46 49.

Von den im Verlage des „Vorwärts" unter dem zusammenfassenden Titel **„Kulturbilder"** herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende
Von Max Maurenbrecher.

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preußischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatlos gewordener deutscher Bauern, und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Raubritter zum Getreideverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Ausbeutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte, und wie die Hohenzollern darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Nebel zu zerstören, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vorwärtskommen seiner „Untertanen" geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpflücken und zu zerzausen, die Tatsachen der Wirklichkeit, die aktenmäßig feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen, das ist unsere Absicht.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Weihrauch geblasen; ihnen in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.

Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.; jede Woche erscheint ein Heft.

Jeder Band der „Kulturbilder" ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 136 — Mittwoch, den 14 Juni 1905 — 12. Jahrgang.

Der Kongreß von Köln.*)

Von K. Kautsky.

Der Gewerkschaftskongreß hat manche Enttäuschung gebracht, vor allem für jene Biedermänner, die da hofften, er werde das Tischtuch zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft zerschneiden und beide Teile des proletarischen Klassenkampfes von einander isolieren, also gerade das tun, was, wie diese falschen Freunde der Gewerkschaften wohl wissen, die Kraft des Proletariats in diesem Kampfe am empfindlichsten schwächen müßte. So innerlich schwach die Gewerkschaften dort sind, wo nicht sozialistischer Geist sie beseelt, so unsicher die Kraft der Sozialdemokratie dort, wo nicht die festgefügte Massenorganisation der Gewerkschaften hinter ihr steht.

Nun, zu dem erwarteten Abrücken der Gewerkschaften von der Partei ist es nicht gekommen. Deswegen brauchen wir aber auch noch nicht einen Triumphgesang anzustimmen. Gar mancher Mißton ließ sich in Köln vernehmen, der jeden Verfechter eines innigen Zusammenwirkens der beiden Arme der proletarischen Bewegung peinlich berühren mußte.

Freilich, wenn man die beiden Punkte, die für die Darlegung des politischen Denkens und Verhaltens der Gewerkschafter Deutschlands diesmal am charakteristischen waren, bloß nach den gefaßten Beschlüssen beurteilen wollte, ließe sich nicht viel darüber sagen. Ueber die Maifeier wurde überhaupt kein Beschluß gefaßt, um dem nächsten internationalen Kongreß nicht vorzugreifen; es bleibt da bis auf weiteres wenigstens formell alles beim alten.

Ueber den Generalstreik aber wurde eine Resolution angenommen, von der der Referent, Genosse Bömelburg, selbst sagte, daß sie zu nichts verpflichte. In der Tat sagt sie über die Bedeutung des Massenstreiks für den proletarischen Emanzipationskampf garnichts. Sie erklärt bloß:

„Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten."

„Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten."

Damit wird höchstens die Propagierung des politischen Massenstreiks abgelehnt. Aber man könnte die Resolution auch dahin auslegen, daß sie bloß jene Bestrebungen treffen wolle, die durch diese Propagierung eine „bestimmte Taktik festlegen" wollen. Damit würde sie freilich gegenstandslos, da es irgend einen ernsthaften Politiker nicht gibt, der die Propaganda des politischen Massenstreiks in diesem Sinne betreibt.

Oder soll der Satz der Resolution so gemeint sein, daß die Festlegung einer bestimmten Taktik schon in dem bloßen Verlangen liegt, den politischen Massenstreik als eine Waffe zu betrachten, die eventuell notwendig werden könnte und mit der wir uns daher schon heute vertraut machen müssen? Wenn ich mir einen Revolver kaufe und mich mit seiner Handhabung vertraut mache, um, sollte ich einmal von einem Rowdy attackiert werden, ihm nicht wehrlos gegenüberzustehen, lege ich mich damit auf eine bestimmte Taktik fest oder erlange ich damit nicht vielmehr größere Freiheit in meiner Taktik?

Ebenso wenig wie die Resolution sagt uns das Referat Bömelburg, was wir vom politischen Massenstreik zu halten haben. Er verurteilt ihn nicht unbedingt, wenigstens nicht in seinem Schlußwort, wo er sagt:

„Die Resolution denkt nicht daran, die Propagierung des Generalstreiks für verwerflich zu erklären. Sie legt die Gewerkschaften auch nicht unter allen Umständen gegen den Generalstreik fest. Sie protestiert nur gegen die Festlegung der Gewerkschaften auf den Generalstreik. Es war bisher nicht üblich, die Taktik für fernere Kämpfe im voraus festzulegen. (Sehr wahr!), und das darf auch in Zukunft nicht sein. (Sehr wahr!) Wenn Sie ein Kampfmittel unwirksam machen wollen, so brauchen Sie nur seine Anwendung vorher festzulegen."

Wer wird nicht die „Sehr wahrs" zu diesen Ausführungen um sein „Sehr wahr" vermehren wollen? Blos wer mit diesen Wahrheiten getroffen werden, wer sie geleugnet haben soll, ist nicht recht klar. Aber einen Sinn haben diese Ausführungen doch nur dann, wenn man den Generalstreik zu den wirksamen Kampfmitteln rechnet, die nur dadurch unwirksam werden, daß man ihre Anwendung vorher festlegt.

Im Referat aber erklärt Bömelburg:

„Der Massenstreik erscheint mir als ein äußerst zweifelhaftes Kampfmittel."

Und früher schon:

„Die Propaganda so unsinniger Ideen (des anarchistischen Generalstreiks) im Proletariat ist recht gefährlich, weil sie von dem langsamen Vorwärtsschreiten ablenken, mit dem wir allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreichen. Deshalb bedauere ich, daß im Gegensatz zu den früheren Beschlüssen der internationalen Kongresse von Zürich und London der Amsterdamer Kongreß den ausgedehnten Streik in einzelnen wichtigen Betriebszweigen als das äußerste Mittel anerkannt hat, um bedeutende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Volksrechte zu widersetzen. Ich sehe darin nur eine sehr bedauerliche Konzession an den Generalstreik" —

das heißt den Generalstreik im anarchistischen Sinne, die „unsinnige und gefährliche Idee."

Lehnt also Bömelburg die Amsterdamer Resolution ab? Aber was besagt diese? Sie erklärt „den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für undurchführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht." Ferner betont sie, „daß die Emanzipation des Proletariats nicht das Resultat einer derartigen, plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen", und warnt „die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik ins Schlepptau nehmen zu lassen, die den Zweck hat, sie von der so wichtigen gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Kleinarbeit des Tages abzuhalten." Endlich fordert sie die Arbeiter auf, ihre Organisationen zu stärken, „weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziele sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen von der Kraft der Organisationen abhängen wird."

Wo in aller Welt steckt hier die „bedauerliche Konzession" an die „unsinnigen Ideen" des anarchistischen Generalstreiks? Wo das Festlegen auf die Anwendung eines bestimmten Kampfmittels? Von alledem, was Bömelburg gegen den politischen Massenstreik sagte, trifft nichts, gar nichts die Amsterdamer Resolution. Er selbst erklärte denn auch in seinem Schlußwort, seine Resolution kollidiere nicht mit der Amsterdamer. Warum dann aber das Bedauern über die Annahme dieser letzteren Resolution?

Bei einem so gewiegten und erfahrenen Politiker wie Bömelburg darf man diese Widersprüche und Unklarheiten nicht einfach aus einem Denkfehler ableiten. Auch hat er sich ihrer nicht allein schuldig gemacht, sondern mit ihm die Mehrheit des Kongresses, die sein Referat ebenso begeistert aufnahm wie seine Resolution. Hier haben wir Widersprüche und Unklarheiten, die, unabhängig vom Denken des Einzelnen, in dem Widerspruch zwischen den Erfordernissen der allgemeinen Situation und den besonderen Bedürfnissen der Gewerkschaften begründet sind. Die allgemeine Situation macht den politischen Massenstreik immer notwendiger. Aber die besonderen Bedürfnisse der Gewerkschaften liefern ein mächtiges Motiv gegen ihn.

Dieses Motiv, daß die Antipathie der Mehrheit der Gewerkschafter gegen den Generalstreik hervorruft, hat Bömelburg selbst ausgesprochen in einem Passus, der gleichzeitig eine Quintessenz seiner Widersprüche bietet:

„Das sind Argumente, die gegen die Anwendung des Generalstreiks überhaupt sprechen.[1]) Aber wir haben keine Veranlassung zu sagen, daß er nie angewendet werden wird.[2]) Die Entscheidung über eine solche Frage schiebt man am besten auf.[3]) (Vielfache Zustimmungsrufe, die fast jeden Satz des Redners bis zum Schlusse begleiten.) Wir können über den politischen Massenstreik sehr viel diskutieren, aber wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir ihn anwenden. Und aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung muß auch die Diskussion über den Generalstreik verschwinden. Welch ungeheure Mühe, welch ungeheure Opfer hat es gekostet, bis die deutsche Gewerkschaftsbewegung die jetzige hohe Stufe ihres Könnens und ihrer Macht erreichte. Sie ist die Frucht mühsamer Arbeit von drei bis vier Jahrzehnten. Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe. Aber da setzen sich die Literaten hin und schreiben und schreiben."

Die verfluchten Literaten! Könnte man ihnen nicht das „Schreiben und Schreiben" verbieten? Scheint es doch, als wären sie die einzigen Störer der Ruhe, deren die Gewerkschaften ebenso dringend bedürfen wie Europa.

Bömelburg glaubt natürlich, daß die Literaten durch ihre Diskussionen über den Generalstreik die Stürme entfesseln, in denen dieser Streik notwendig werden könnte. Er fragt selbst, was wir anfangen sollen, wenn man uns unsere primitivsten Rechte raubt. Aber die Antwort darauf macht er sich gar zu leicht.

„Wir werden dann im Kampfe die Mittel anwenden, die wir als zeitgemäß betrachten. Und wenn uns die Reaktionäre trotzdem das Wahlrecht nehmen, glauben Sie, daß wir dann am Ende unseres Lateins sind? (Vielfache Zurufe: Nein, noch lange nicht!) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nähme, glauben Sie, wir wären dann am Ende unseres Lateins? (Erneute Zurufe.) Heute hat das Gefühl in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt, daß wir ungerecht behandelt werden. Wir wissen, was wir für Menschenrechte haben, und keine Reaktion wird imstande sein, diesen Gedanken in der Bevölkerung auszumotten. Wenn wir die Organisationen stärken und ihre Mitglieder zu klassenbewußten, überzeugungstreuen Genossen erziehen, können wir mit ruhigem Mute der Zukunft entgegensehen."

Das ist sehr tapfer gesprochen und ist auch ganz richtig, bildet aber keine Antwort auf die Frage, die er selbst stellt: Was werden wir anfangen, wenn man uns unsere Rechte raubt? Wir werden dann nicht am Ende unseres Lateins sein", erwidert unter lebhaftem, andauerndem Beifall Bömelburg.

Die Haltung des Gewerkschaftskongresses in dieser Frage erinnert etwas an die der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und 1849. Gleich nach ihrem Zusammentritt verlangten die energischen, namentlich proletarischen Elemente,

*) Aus Nr. 36 der „Neue Zeit".

[1]) Also müssen wir wohl dafür sorgen, daß er nie angewendet wird? K.

[2]) Ist das nicht auch eine „bedauerliche Konzession" an die „unsinnigen Ideen" des anarchistischen Generalstreiks? K.

[3]) Welche Entscheidung? Die über die Anwendung des Generalstreiks in einem gegebenen Falle? Aber darüber war der Kongreß gar nicht befragt worden. Oder die Entscheidung darüber, ob der Massenstreik studiert und diskutiert werden soll? Schiebt man das am besten hinaus, bis es zur Aktion kommt? K.

Silbermanns Schicksale.

Erzählung aus dem Nachlasse Th. Müggeſ.

5 Fortsetzung.

Die Haushälterin blickte ihn unverwandt an, und es war, als verlöce sich der grimmige Zug um ihren Mund. Die klaren Augen, mit welchen er sie jetzt ansah, und die Lebhaftigkeit, welche sein Gesicht zu verschönern schien, mußten einen unerwartet besseren Eindruck gemacht haben. „Sie sind ja noch jung," sagte sie.

„Gerade dreißig Jahre, Fräulein Johanna. Es ist alt genug."

„Zwei Jahre älter als ich," fuhr sie fort, „aber das schadet nichts. Wenn man sich liebt, bleibt es sich gleich."

Eine Eiskälte lief durch seine Adern. Er nickte ihr zu und verzog den Mund dabei, als bisse er die Zähne zusammen.

„Die Arbeit wird schon wiederkommen," sagte sie, „davor ist mir nicht bange. Herr Werder sagt, Sie wären so geschickt, wie so leicht Keiner, und was er in solcher Beziehung sagt, darauf kann man sich verlassen."

„Ich glaube es nicht," versetzte er voller Furcht, „ich verstehe blutwenig, und Gott weiß, ob ich je wieder so recht gesund werde."

„Dafür wollen wir schon sorgen," lächelte sie, zutraulich ihre mächtige Hand auf seine magere, knochige legend. Ihm schien es, als sänke eine ungeheure Last darauf nieder und nagele ihm die Finger fest. „Es wird sich Alles finden, nur nicht ängstlich," fügte sie dann hinzu; „wenn man Geld hat, kann man sich pflegen, und wenn man nicht hungert, kann man auch tüchtig schaffen. Man muß nur nicht etwa stillsitzen und warten wollen, bis die Tauben gebraten geflogen kommen. Herr Werder hat einen Plan gemacht, der mir gefällt. Den befolgen Sie, das Geld gebe ich, und er —"

Ein paar Stimmen ließen sich im Vorzimmer hören, bei deren Klange zog Silbermann seine Hand mit einem Ruck zurück und sprang auf. „Da ist er!" flüsterte er.

„Nun ja," lachte sie, „da ist er. Viel Courage haben sie nicht, aber das schadet nichts, ich werde es schon machen. Lassen Sie ihn nur sprechen und sagen Sie Ja, das Uebrige wird sich finden."

„Also es ist abgemacht," sagte Herr Werder, die Tür öffnend, durch welche ein anderer Herr trat, dem er nachfolgte.

„Abgemacht, und bleibt dabei!" antwortete dieser. „Er soll zu mir kommen, aber wie — Ah! da ist er ja schon."

Silbermann verbeugte sich ängstlich. Er kannte den Herrn nur zu gut; es war der Tuchhändler, den er die achtzig Thaler schuldete.

„Wahrhaftig, da ist er!" fiel Herr Werder ein. „Wir haben soeben von Ihnen gesprochen, Silbermann."

Der arme Meister verbeugte sich nochmals. „Von mir? O!" sagte er ängstlich, seine Hände reibend.

„Wirklich von Ihnen, und alles Gute," erwiderte der Tuchhändler. „Sie haben Glück, einen solchen Beistand zu finden, wie Herr Werder ist, der sich so Ihrer annimmt, wie er es tut. Denn ich sage Ihnen —"

Hier faßte Herr Werder ihn am Arm und unterbrach ihn in seiner Rede. „Keinen Dank, Herr Rawald, nichts von mir und keinen Dank, rief er lächelnd, „darauf gebe ich nichts. Silbermann wird zu Ihnen kommen, sobald wir fertig sind."

„Er wäre aber kein Mensch, wenn er nicht dankbar sein wollte", fuhr der Tuchhändler fort. „Sie müssen dankbar sein, Herr Silbermann, und Sie werden dankbar sein, wie?"

Der kleine breitschulterige Mann mit dem dicken Leib und dem Kopf blickte ihn an, wie einen verstockten Sünder, der bußfertig werden soll, und der Meister machte ein Gesicht, als wenn ihm die Zähne klapperten vor lauter Zerknirschung.

„Lassen Sie ihn, lieber Freund, lassen Sie ihn nur," sagte Herr Werder. „Ich habe ihn immer gerne unterstützt."

„Wohltäter!" rief der Tuchhändler, indem er einen schrecklichen Blick auf den Schneider warf. „Gut, kommen Sie zu mir, Silbermann, aber Dankbarkeit, sonst — sind Sie kein Mensch!" Er sah ihn noch einmal an, indem er die dicke Stirn kraus zusammenzog, und entfernte sich dann mit Herrn Werder, der ihn bis an den Ausgang begleitete.

„Nun, Silbermann," sagte der Gönner, als er zurückkehrte, „Sie bringen mir also meinen Rock?"

Der Schneider hatte einige Fassung gewonnen und antwortete höflich, daß er gekommen sei, um zu sehen, ob auch alles gut sitze.

„Das haben Sie nicht nötig," antwortete Herr Werder herablassend und gütig. „Was Sie arbeiten, das sitzt. Ich kenne Sie, Sie haben Talent, es macht Ihnen Keiner so leicht nach. Und darum wäre es ein Jammer, wenn ein Mann, wie Sie, untergehen wollte. Aber Sie sollen nicht untergehen, ich habe es mir fest vorgenommen, Sie sollen nicht!"

Er trat zu ihm heran und faßte ihn an einen Knopf. „Um dessentwegen," fuhr er fort, „habe ich soeben mit Rawald gesprochen, und nun hören Sie, Silbermann. Ein Schneider ist nichts, wenn er nicht zugleich ein Kaufmann ist, wenn er kein Magazin hat, wenn er seine Tuche nicht in Stücken und Partien und zu Fabrikpreisen kauft. Sie müssen ein Magazin eröffnen, Rawald wird Ihnen bedeutenden Kredit geben, die größten Vorteile gewähren, ich übernehme die Bürgschaft. Wollen Sie das annehmen und mein Vertrauen rechtfertigen?"

„Ah, gewiß — freilich wohl — Sie werden es nicht übel nehmen, hochgeehrtester Herr Werder," antwortete der Meister verlegen.

„Natürlich wird er es annehmen, und dann lassen Sie

sie solle sich der nötigen Machtmittel versichern, um den unvermeidlichen Konflikt mit den Regierungen ausfechten zu können. Aber die Nationalversammlung fand, sie brauche nicht Machtmittel, sondern Ruhe; dadurch werde sie den Konflikten am ehesten entgehen. Sollten aber die Regierungen es wagen, sie anzutasten, dann — ja dann wäre sie noch lange nicht am Ende ihres Lateins, dann würde sie an die unwiderstehliche Freiheitsliebe des deutschen Volkes appellieren.

Trotz aller Nachgiebigkeit der Nationalversammlung brach schließlich doch der Konflikt über sie herein, und damit wurde auch der Appell an den Aufstand notwendig. Aber unvorbereitet und kopflos kam dieser mit seinem Latein nicht über die ersten Buchstaben hinaus. Das Ruhebedürfnis der Nationalversammlung sicherte nicht die Ruhe und schon gar nicht den Sieg; es bewirkte bloß, daß die zahlreichen Opfer, die der Aufstand schließlich kostete, umsonst fielen.

(Schluß folgt.)

Soziales und Parteileben.

Der Barbierstreik in Berlin hat durch Abschluß eines vor dem Einigungsamte festgelegten Arbeitsvertrages sein Ende erreicht. Die Gehilfen können mit dem Erfolg ihrer Lohnbewegung zufrieden sein.

Achtung, Metallarbeiter! Im Laufe des letzten Frühjahrs reichten die Former der Herdfabrik von Gebrüder Röder in **Darmstadt** einen Lohntarif ein, in welchem neunstündige Arbeitszeit und 3,60 bis 4,50 Mark Taglohn gefordert wurden. Bewilligt wurden 9½stündige Arbeitszeit und 5 Prozent Lohnerhöhung für Former, während für alle übrigen Arbeiter nichts bewilligt wurde. Daraufhin reichten am 20. Mai die Former und Hülfsarbeiter die Kündigung ein. Infolgedessen kündigte die Firma ihren sämtlichen übrigen Arbeitern, 400 an der Zahl. Von dieser Aussperrung wurden eine große Anzahl Unorganisierter mitbetroffen, die es nun am eigenen Leibe verspüren müssen, was es heißt, der Organisation feindlich gegenüber zu stehen. Die streikenden Former sind bis auf den letzten Mann organisiert und sind fest entschlossen, so lange auszuhalten, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Die Firma versucht von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen und verspricht denselben 7—8 Mk. Tagelohn. Wenn es der Firma ernst wäre, derartige Löhne zu zahlen, so fiele es den hiesigen Kollegen gar nicht ein zu streiken. Wir bauen auf die Solidarität der übrigen Former Deutschlands und hoffen, daß die Anwerbungsversuche der Firma richtig beantwortet werden. Die Ortsverwaltung Darmstadt des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Neue Differenzen drohen in der Weißenfelser **Schuhindustrie** auszubrechen. In der Schuhfabrik von Friedrich **Seifert** jun. haben die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Ablehnung einer minimalen Lohnerhöhung die Arbeit aufgekündigt. Die Firma Seifert, welche während des Streiks den infolge eines Konkurses längere Zeit ruhenden Betrieb wieder aufnahm und zwar mit recht knapp bemessenen Lohnsätzen, lehnt jede Aufbesserung ab. Die organisierten Arbeiter dürfen deshalb keine Arbeitsangebote von jener Firma annehmen.

Von der Aussperrung in **Nürnberg** werden dort ca. 10 000, in **Augsburg** etwa 6000 Metallarbeiter betroffen. Der Kampf des Unternehmertums zielt auf die **Vernichtung der Organisation** der Metallarbeiter in Bayern hin. Da dürften sich die Scharfmacher aber arg verrechnet haben.

Schutzmann und Streikposten. Die Tischler **Bloch** und **Döring**, welche in der Wienerstraße zu Berlin nahe einer Tischlerei Streikposten standen, waren einer polizeilichen Aufforderung, weiter zu gehen, nicht gefolgt. Sie wurden deshalb in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Uebertretung der Berliner Straßenpolizeiverordnung zu Geldstrafen von je 30 Mk verurteilt, weil sie einer zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergangenen Anordnung eines Sicherheitsbeamten nicht gefolgt seien. Allerdings habe der Schutzmann von dem ihm vorgesetzten Polizeileutnant die allgemeine Anweisung gehabt, im fraglichen Teile der Wienerstraße keine Streikposten zu dulden. Indessen habe er selber gewußt, daß Ruhestörungen in der Wienerstraße vorgekommen gewesen seien, und es sei anzunehmen, daß ihn auch dies bestimmt habe, die Angeklagten wegzuweisen, und daß somit seine Aufforderung zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs ergangen sei. Gleichgültig sei, ob das, was er über Störungen gehört hatte, sich in Wirklichkeit auf diesen Streik oder auf einen andern bezog. Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision mit der Begründung, daß die Feststellung entscheidend sei, die Aufforderung des Schutzmannes sei zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ergangen. Einer solchen Aufforderung hätten die Angeklagten folgen müssen. Ob die Maßnahme zweckmäßig oder notwendig war, könne vom Richter nicht geprüft werden. Damit sind die Streikposten und [illegible] die Ausübung des Koalitionsrechtes in die Hände des Schutzmannes gegeben.

Sozialismus und Rassenvorurteil. In der letzten Nummer des japanischen „Sozialist" beschwert sich der Genosse **Sakai** bitter über [illegible], denen die Japaner in Amerika ausgesetzt sind. Es sei unrichtig, wenn behauptet werde, die Japaner arbeiteten für geringeren Lohn; ebenso falsch sei es, anzunehmen, die japanischen Arbeiter stünden sittlich und in der Bildung auf einem tieferen Niveau als die größte Zahl der europäischen Einwanderer in Amerika, seien doch die meisten der eingewanderten Slawen und Romanen Analphabeten. Sodann wendet sich der Schreiber gegen die Resolution, welche die amerikanischen Delegierten dem Amsterdamer Kongreß zur Annahme empfohlen hatten und durch welche die „Barbaren", namentlich die Asiaten, von der Einwanderung in andere Länder ausgeschlossen sein sollten. „Sind die Prinzipien des Sozialismus nur auf die weißen Völker anwendbar? Sind wir ungeeignet, in die internationale sozialistische Bewegung einzutreten? Ist der Sozialismus dazu da, nur die Interessen einer bestimmten Rasse wahrzunehmen?" — Es ist selbstverständlich, daß der Sozialismus nicht bloß international ist, sondern daß er alle Rassen gleicherweise umfaßt; die nicht unberechtigten Vorwürfe können daher nur die in national-zünftlerischer Denkweise befangenen Arbeiter treffen.

Gegen Wahlunrecht und Steuerunrecht protestierten in **Dresden sechs** stark besuchte Volksversammlungen. In der in allen Versammlungen angenommenen Resolution heißt es: „Die Versammlung erblickt in jeder Aenderung des Wahlrechts, die auf ein Klassen-, Berufs- oder Pluralwahl„recht" hinausläuft, eine ungeheure, ungerechtfertigte Verschlechterung desselben, eine völlig unbegründete Entrechtung des weitaus größten Teiles der Dresdner Bürger und Einwohner. Da im heutigen Staat Besitz und Bildung auf der Ausbeutung der Lohnarbeit gegründete Privilegien sind, so muß ein dem Besitz und der Bildung Vorrechte einräumendes Wahlrecht ein doppelt und dreifaches Unrecht gegen alle nichtbesitzenden Klassen sein. Ganz ähnlich verhält es sich mit jedem wie immer ausgetüftelten Wahlrecht nach Berufen. Die Versammelten verlangen daher das **gleiche geheime und direkte Wahlrecht für alle Bürger ohne jeden Unterschied** unter Anwendung des **Proportionalsystems**. Gegen die Einführung von **Bezirkswahlen** ist nichts einzuwenden, obwohl eine Notwendigkeit dazu nicht vorliegt." — Der zweite Teil der Resolution wendet sich in derselben entschiedenen Weise gegen die Umsatzsteuer, als „eine durchaus ungerechte, kulturwidrige, besonders auch fast nur aus armen Leuten bestehenden Konsumvereine belastende Steuer".

Aus Nah und Fern.

Von der unfehlbaren Justiz! In der Berufungsinstanz **freigesprochen** wurde am Donnerstag von der 6. **Berliner** Strafkammer der Reisende Heinrich **Löbmann**. Wegen Betruges und Unterschlagung war er früher vom Schöffengericht zu **2 Jahren 6 Monaten Gefängnis** verurteilt worden. In der Verhandlung am Donnerstag gelang es dem Verurteilten, der z. Zt. sofort verhaftet worden war, den Nachweis zu führen, daß seine Bestrafung zu Unrecht ergangen war. Das erste Urteil wurde deshalb aufgehoben und der zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt Gewesene von Strafe und Kosten **freigesprochen**. — Ein weiterer Fall unschuldiger Verurteilung fand vor der Strafkammer in **Hanau** seine Aufklärung. Im Oktober 1904 war der Landwirt W. **Erbe** auß Streitberg von der Strafkammer zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt worden, weil er sich bei einer Schlägerei der Körperverletzung schuldig gemacht haben sollte. Erbe bestritt seine Schuld, und es gelang ihm auch, das **Wiederaufnahmeverfahren** durchzusetzen, sodaß die Sache der hiesigen Strafkammer zur nochmaligen Verhandlung vorlag. Die Beweisaufnahme ergab jetzt Erbes Unschuld, infolgedessen seine **Freisprechung** erfolgen mußte, nachdem er bereits über **drei Monate** von seiner Strafe **verbüßt** hatte.

Verhungert ist in **Berlin** inmitten des Prunkes und Jubels anläßlich der kronprinzlichen Hochzeit der 68 Jahre alte Bildhauergeselle Thumer. Thumer wohnte bis vor kurzem in der Koppenstraße und hatte dort 44,50 Mk. Mietsschulden. Am Freitag vorvoriger Woche kam er mit seinem wenigen Hausrat und abgetragenen Kleidungsstücken nach der Rüdersdorferstraße Nr. 12 und mietete ein leeres Zimmer für 15 Mk. Er bekannte dem Hausverwalter, daß er bei seinem früheren Wirt Schulden habe, weil er krank und arbeitsunfähig gewesen sei, glaube aber, daß er jetzt bezahlen könne, weil er keine Ausbesserungsarbeiten habe. Der Hauswirt sagte ihm [illegible] auf. Als er den alten Mann am Montagvormittag mahnen wollte, fand er ihn nur mit dem Hemde bekleidet, auf dem Fußboden liegen. Ein Arzt ließ dem Mann [illegible] einflößen und brachte ihn dann nach dem Krankenhaus am [illegible]. Hier starb er noch am Abend desselben Tages. Während also in Berlin, der Stadt der [illegible] Hochzeitsfeierlichkeiten für den Prunk wenige Stunden ausgegeben werden, gibt es Leute, die in einem kahlen Winkel buchstäblich Hungers sterben.

Berlin. Familientragödie. In Rixdorf **ermordete** die 25jährige Ehefrau Marie des Gürtlers **Zibulka** ihren **zweijährigen Sohn** Erich, indem sie ihn an einen Nagel an der Wand ihrer Küche aufknüpfte, und **erhängte** sich dann **selbst**.

Eine seltene Operation wurde, wie aus **Weimar** mitgeteilt wird, im dortigen Sophienhause an einem Landwirt aus **Buttelstedt** vorgenommen. Dieser, der den Feldzug 1870 mitgemacht hatte, spürte vor kurzem Schmerzen im Halse. Es wurde mittels Röntgenstrahlen ein Fremdkörper im Halse festgestellt, der sich als eine **breitgedrückte Gewehrkugel** erwies. 35 Jahre lang hatte der Mann das Projektil ohne Beschwerden mit sich herumgetragen.

Nochmals die Lemgoer Briefaffäre. In der **Revisionsbegründung**, welche die Verteidiger der wegen der Lemgoer Briefaffäre zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilten Frau Kracht dem Reichsgericht eingereicht haben, wird nach einer Mitteilung der „Lipp. Landesztg." eine Reihe von **wichtigen neuen Entlastungsbeweisen** angetreten.

Das anstößige Lied. Kürzlich brachte der Arbeitergesangverein in Niederndodeleben in der Provinz Sachsen seinem Mitglied Büttner ein Ständchen zu seinem Geburtstag. Alles verlief soweit zur Zufriedenheit, als am andern Tage der hinkende Bote in Gestalt eines Briefes nachkam. Der Hauswirt des Geburtstagskindes, Uhrmacher Pirner, der auch die Poststelle im Dorfe inne hat, sandte tags darauf seinem Mieter ein Schreiben nachstehenden Inhalts:

Niederndodeleben, 16. 5. 05.

Herrn Büttner!

Teile Ihnen hiermit mit, daß **das vierte Lied von gestern Abend** bei meiner vorgesetzten Behörde zur Anzeige gebracht ist und mir **von meiner Behörde der Befehl erteilt** worden ist, daß ich Ihnen die **Wohnung kündigen** soll, so leid es mir tut, Ihnen die Wohnung zum 1. Oktober 1905 kündigen zu müssen.

Pirner.

Das Lied, das nach dem Schreiben des Herrn Pirner bei seiner vorgesetzten Behörde Anstoß erregt hat, war der sogenannte „Festgesang". Eine Prüfung des Liedes ergibt folgende „gefährliche" Stellen: „Vergebens sträuben sich die Toren; die Wahrheit bricht sich Bahn. Allüberall entflieht der Wahn, daß nur zum Darben wir geboren". Und weiter: „Zunächst muß erst die Kette fallen, in die das Kapital uns schlug Zum Kampf, zum Kampf gen Lug und Trug soll unser Mahnruf laut erschallen." Solche Lieder sind allerdings geeignet, eine Posthalterei zum Umsturz zu bringen!

Entlassungszeugnis. Im „Tag" wird folgendes Entlassungszeugnis für den abgesetzten Oskar von Norwegen veröffentlicht:

Oskar Bernadotte ist vom 18. 9. 1872 bis zum heutigen Tage als

König

in unseren Diensten gestanden.

Er hat sich in dieser Zeit als ehrlich, fleißig und anhänglich erwiesen; seine Leistungen waren im allgemeinen zufriedenstellend; nur machte sich öfters eine Neigung zur Widersetzlichkeit bemerklich. Dieserhalb erfolgte heute die Entlassung.

Christiania, den 7. 6. 05.

Michelsen.
gez. Gottlieb.

Lübecker Marktpreise vom 10. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,05 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15 Mk., Hasen Stck. —,— Mk., Enten Stck. — Mk., Hühner Stck. 1,80 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,55 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans —,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,95 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 10 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. —,— Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Hamb. Blumenkohl, Kopf 30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. 50 Pfg., Kohl 100 Pfd. —,— Mk., Gurken, — Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 8,00 Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 9,50 Mk., per 10 Liter 70 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 6,00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg.

---

mich nur sorgen, Herr Werder," fiel Fräulein Johanna ein, die bis jetzt sich schweigend verhalten hatte. „Ich nehme alles auf mich."

„Das können Sie, das werden Sie!" rief Herr Werder. „Eine solche Frau ist ein Schatz, Silbermann. An ihrer Hand werden Sie erst lernen, was leben heißt. Sie wird Sie in Ordnung halten, einen Mann aus Ihnen machen, der sich zeigen kann. — Es ist also zwischen Euch schon alles in Richtigkeit?" fuhr er dann lächelnd fort. „Nun, das freut mich, freut mich von ganzem Herzen. Geben Sie ihr einen herzhaften Kuß, Silbermann, ich erlaube es Ihnen, und die Hochzeit ist meine Sache — ganz meine Sache!"

Fräulein Johanna öffnete ihre Arme ohne Umstände, aber der undankbare Meister fiel nicht in diese weiche Ruhestätte; er trete vielmehr zur Seite davon ab nach der Tür zu, als Herr Werder bei seinen letzten Worten ihm mit einem nachhelfenden Druck in den Rücken die bestimmte Richtung geben wollte. Dabei griff er nach seinem Hut, der auf dem Tische stand.

„Was ist Ihnen denn! Sind Sie nicht bei Sinnen?" rief der reiche Gönner.

Der Mut der Verzweiflung kam über den armen Schneider, und es stieg etwas davon in sein Gesicht und blitzte aus seinen Augen. „Es ist nichts zwischen uns abgemacht," sagte er, „und ich habe Ihnen gestern aufrichtig mitgeteilt, lieber, bester Herr, wie es mit mir steht, und daß nichts daraus werden kann, so leid es mir tut, und so groß die Ehre sein würde; denn Sie wissen es ja, es geht nicht an, absolut geht es nicht an."

„Was geht nicht an?" fragte Fräulein Johanna in gedehntem Tone, indem sie einen Schritt näher trat.

Sie sah so grimmig böse aus, daß der Meister, als sie auf ihn zukam, sich instinktmäßig zurückzog.

„Kourage! Kourage!" rief es ihm leise ins Ohr, und plötzlich hob er Kopf und Augen auf, er wußte nicht, wie es geschah, aber er fürchtete sich nicht mehr.

„Ich will es Ihnen sagen," ließ er sich hören, „denn heraus muß es doch, ich sehe es ein. Ich kann nicht die Ehre haben, Sie zu heiraten, denn ich bin schon versagt, und ändern läßt es sich nicht, also muß ich bedauern."

„Was bilden Sie sich denn ein!" rief Fräulein Johanna, dunkelrot vor Zorn. „Habe ich Sie denn heiraten wollen? Haben Sie ein Wort von mir gehört? So ein dünner, blasser Schneider ist noch niemals mein Geschmack gewesen. So ein Mensch, der nichts hat, als Schulden, muß ausgelacht werden, wenn er sich untersteht, sich in den Kopf zu setzen —"

„Machen Sie, daß Sie fortkommen!" fiel Herr Werder ein. „Sie sind ein Mensch ohne Einsehen und werden auch einer bleiben; werden auch zu nichts kommen."

„Behalten Sie, was Sie haben," sagte Silbermann, „ich beneide Sie nicht darum, aber lassen Sie mir, was mein ist."

„Lump!" murmelte der Rentier, indem er sich umwandte.

„Immer besser, als ein schlechter Kerl!" antwortete der Schneider.

„Er schimpft!" rief die Haushälterin. „Er untersteht sich und schimpft!"

„Wen's juckt, der kann sich kratzen," fuhr Silbermann fort. „Aber er kann eine halbe Million geben, oder eine ganze, es wird ihm doch nicht glücken, ein ehrliches Mädchen in Schande zu bringen. Jetzt ist's heraus, und nun lassen Sie mich in Frieden. Ich habe Niemandem ein Leid getan und will redlich bleiben bis an mein Ende."

Damit zog er das Drückerschloß auf und ging hinaus. Fräulein Johanna fuhr hinter ihm her und schleuderte das Stück Zeug, in welches der Rock eingeschlagen war, auf die Treppe, dann kehrte sie um und sah ihren Brotherrn mit funkelnden Augen an.

„So lassen Sie mich blamieren!" rief sie. „Das leiden Sie! Das darf solch elender Mensch wagen!"

„Sei doch ruhig, liebes Kind," lächelte Herr Werder, sie sanft streichelnd, „der kann uns nicht beleidigen. Sei Du ganz ruhig, ich werde schon mit ihm fertig werden. Du kannst Dich darauf verlassen, er soll an uns denken, ich will ihn schon mürbe machen."

So tröstete er die beleidigte Haushälterin noch eine Weile, drückte ihr dann zur größeren Beruhigung Etwas in die Hand, das seine versöhnende Macht auch alsbald bewährte, und schied endlich mit der wiederholten, kräftigen Beteuerung, sie solle Genugtuung bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck.